

Andreas Grimmel/Cord Jakobeit (Hrsg.), Politische Theorien der Europäischen Integration. Ein Text- und Lehrbuch, Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften), 2009.

Die als „Text- und Lehrbuch“ konzipierte Einführung in die Theorien der Europäischen Integration ist in neun Kapitel untergliedert. In jedem der Kapitel behandeln die Autoren einen theoretischen Ansatz zur Erklärung der Europäischen Integration. Ältere, normativ ausgerichtete Theorien wie Föderalismus, Funktionalismus, Transaktionalismus und Intergouvernementalismus finden sich hierbei zu Beginn. Sie werden gefolgt von den ersten analytischen Herangehensweisen des Neofunktionalismus und des Intergouvernementalismus. Neuere Ansätze wie supranationaler Institutionalismus, dialektischer Funktionalismus, die Fusionsthese oder die Mehrebenenpolitik, die sich nach wiederauflebender Integration in den 1980er und 1990er Jahren herausgebildet hatten, finden sich am Ende des Buches. In der Konzeption grenzen sich Andreas Grimmel und Cord Jakobeit von anderen Lehrbüchern ab, an denen sie bemängeln, dass sich diese nur *über* Theorien äußerten statt sich *mit* Theorien auseinandersetzen. Die intensive Beschäftigung mit den Primärtexten gilt den Autoren als wesentlich für das Verständnis der wissenschaftlichen Zugänge. Aus diesem Grund stehen die zentralen Primärtexte der Ansätze im Mittelpunkt des jeweiligen Kapitels. Diese sind in auf die Essenz gekürzten Versionen und mit den originalen Seitenangaben versehen abgedruckt. Einleitend zu den Ansätzen stehen Erläuterungen zu Theorie und Autor. Der jeweilige Text wird hier in den spezifischen historischen Kontext eingeordnet, in seinen Grundzügen erläutert sowie in seinen Vorgehensweisen, Methoden und Absichten expliziert. Zusätzlich wird der fachlich-persönliche Hintergrund des jeweiligen Autors beleuchtet. Grimmel und Jakobeit verfolgen somit einen historisch informierten Zugang, bei dem sie das enge Wechselverhältnis zwischen dem tatsächlich erreichten Integrationsstand innerhalb der Gemeinschaft und der parallel entstehenden Theorie als zentralen Baustein für das Verständnis der Ansätze zu akzentuieren suchen.

Bei den ausgewählten Quellen handelt es sich sämtlich um Kerntexte der Theorien europäischer Integration. Jeder Theorienabschnitt wird konzise eingeführt, bevor die Autoren näher auf den jeweils vorgestellten Autor eingehen. Hierbei werden die Hauptthesen der vorgestellten Theorien auf wenigen Seiten anschaulich dargelegt und mit wesentlichen Sequenzen aus den Originaltexten untermauert. Diese Einführungen erleichtern dem Leser das Verständnis der nachstehenden Quelle, da die Kernaussagen der jeweiligen Theorie bereits vorab extrahiert werden. Dennoch geraten die zwei- bis vierseitigen überblicksartigen Darstellungen der Theorien mitunter etwas knapp. Insbesondere die historische Entstehung der Ansätze bleibt dann unterbeleuchtet. So erscheinen beispielsweise die Ideen europäischer Föderation als alleiniges Ergebnis der Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs. Die Denker der Zwischenkriegszeit wie Graf Coudenhove-Kalergi oder Philip Kerr finden hingegen keinerlei Erwähnung. Ähnlich stehen auch andere Theorien im luftleeren Raum. Mitrany's Funktionalismus wird kaum in historische Kontexte eingebettet. So werden weder von Mitrany selbst bezeichnete Vorläufer wie Arthur Salter's Analyse der alliierten Kooperationsbeziehungen während des Ersten Weltkriegs aufgeführt noch möglicherweise inspirierende funktionalistisch organisierte Institutionen wie der 1874 gegründete Allgemeine Postverein, der Internationale Telegraphenverein (1865) oder die nach dem Pariser Friedensvertrag 1856 ins Leben gerufene Europäische Donau-Kommission. Dies ist sicherlich Ergebnis der Notwendigkeit, ein einführendes Werk auf wesentliche Aspekte zu reduzieren. Dennoch ist es vor allem deshalb bedauerlich, weil sich die Autoren explizit zum Ziel setzen „dem Leser einen Überblick über die *Geschichte* politikwissenschaftlicher Integrationstheorien“ (S. 16, Hervorhebung: H.F.) zu vermitteln.

Am Ende eines jeden Kapitels dienen Erschließungsfragen dem Leser dazu zu prüfen, ob die entscheidenden Aspekte und Gedankengänge eines Ansatzes verstanden wurden. Leider liefern die Autoren selbst nicht die Antworten, wodurch der Nutzen der Erschließungsfragen deutlich begrenzt wird. Darüber hinaus wäre dem Lehrbuchcharakter dienlich

gewesen, neuen Lesern die zentralen Kritikpunkte zu systematisieren, die im Laufe langjähriger Debatten an den dargestellten Ansätzen geäußert wurden.

Die aktuellsten Ansätze finden in der Publikation weniger Beachtung. Unter der Überschrift „Ausblick“ findet sich am Ende ein Kapitel, mit dem die Autoren „die Lücke zu den aktuell geführten Theoriendebatten schließen“ möchten (S. 351). Im Gegensatz zu den vorigen Kapiteln und der Gesamtkonzeption der Publikation finden sich hier allerdings keine Originaltexte. Die Autoren begründen dies damit, dass sich „mögliche ‚Klassiker‘ im Laufe der Zeit erst noch herausbilden müssen“ (S. 351). Diese Verkürzung der Theorien auf vermeintlich etablierte Klassiker ist problematisch. Zum einen erscheint es durchaus fraglich, wodurch sich der – zweifelsohne wichtige – Aufsatz von Gary Marks, Liesbet Hooghe und Kermit Blank zur Mehrebenenpolitik als Klassiker qualifiziert, während dies einige der von den Autoren aufgeführten post-positivistischen bzw. rechtswissenschaftlichen und nicht weniger häufig zitierten Texte und Autoren wie Thomas Diez oder Joseph Weiler scheinbar nicht tun. Fraglich erscheint auch, dass thematisch zentrale konstruktivistische Texte hier nicht angeführt werden, so beispielsweise die Weiterentwicklung der Sicherheitsgemeinschaften des Transaktionalismus durch Emanuel Adler und Michael Barnett oder Jeffrey Checkels Ausführungen zu Konstruktivismus und europäischer Integration. Insgesamt werden die kurzen Abschnitte zu den aktuell geführten Theoriendebatten den dargestellten Texten und Autoren kaum gerecht. Leserin und Leser, die einen Überblick über wichtige aktuelle Texte wünschen, sind etwa mit dem von Mette Eilstrup-Sangiovanni 2006 herausgegebenen, bei Palgrave Macmillan erschienenen und ebenfalls auf die Originaltexte fokussierten Reader „Debates on European Integration“ besser bedient.

Insgesamt bietet die vorliegende Publikation einen guten Einstieg in die Klassiker der Theorienwelt Europäischer Integration. Für Leser, die sich bereits mit dem Themenfeld befasst haben, aber nach einem umfassenden überblickartigen Kompendium suchen oder sich für die Entwicklung neuerer Theorien interessieren, wird sich dieses Buch aufgrund

seiner reduzierenden Herangehensweise weniger eignen. Für die nächste Auflage ist ein Index zu empfehlen, der gerade für Studierende hilfreich ist.

Heiko Fürst

Ulrich Petersohn, Selektiver Schutz universaler Menschenrechte. Eine multikausale Erklärung des Interventionsverhaltens von Demokratien. Baden-Baden (Nomos Verlagsgesellschaft), 2009.

Die Verletzung von Menschenrechten ist ein alltägliches Phänomen. Ein umfassender Schutz dieser Rechte eine Utopie. Während die Staaten nicht willens oder in der Lage sind, Menschenrechtsverletzungen auf ihrem Staatsgebiet zu verhindern oder zumindest zu sanktionieren, werden Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft als Einmischung in die inneren Angelegenheiten deklariert, die als Souveränitätsverstoß gem. Art. 2 II und VII der Charta der Vereinten Nationen gewertet werden. Bei schweren Menschenrechtsverletzungen wie Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder schweren Kriegsverbrechen ist jedoch in den letzten Jahren eine Entwicklung erkennbar, die im Sinne der „Responsibility to Protect“ die staatliche Souveränität in den Hintergrund drängt und die internationale Gemeinschaft zur Einmischung auffordert. Die menschenrechtlich inspirierte Einmischung durch Drittstaaten zum Schutz universal anerkannter Rechte ist dessen ungeachtet eher die Ausnahme denn die Regel. Die Dissertation von Ulrich Petersohn untersucht die Interventionspraxis der demokratisch verfassten Staaten Bundesrepublik Deutschland und Vereinigte Staaten von Amerika und versucht die Ursachen des selektiven Vorgehens zu ermitteln. Basierend auf einer Fallanalyse von 15, nach der Intensität der Menschenrechtsverletzung ausgewählten Interventionsfällen im Untersuchungszeitraum von 1995 bis 2002 überprüft der Autor zunächst fünf klassische theoretische Begründungsansätze: Neorealismus, kommerzieller Liberalismus, moralsoziologischer Liberalismus, transnationaler Konstruktivismus und struktureller Konstruktivismus. Eine Intervention, definiert als „intendierte gewaltsame oder nicht-gewaltsame Zwangsmaßnahme

..., die von der Regierung eines Staates ergriffen wird, um in die Ausgestaltung der Herrschaftsbeziehungen zwischen Staat und Gesellschaft einzugreifen“, lässt sich, so das erste Ergebnis der sehr umfassenden Datenanalyse, weder in Bezug auf das Vorliegen („ob“) noch auf die Intensität („wie“) mit Hilfe der klassischen Theorien ausreichend erklären. Zwar ermöglichen es die klassischen Ansätze, notwendige Bedingungen für eine Intervention zu bestimmen und damit eine Nicht-Intervention zu erklären. Eine hinreichende Bedingung für die Intervention lässt sich mit diesen Ansätzen jedoch nicht ermitteln. Nur das Zusammenspiel der verschiedenen Erklärungsansätze vermag hinreichend erklären, ob eine Intervention stattfindet oder unterbleibt. Der Autor arbeitet heraus, welche Faktoren dafür zusammenwirken müssen. So ist bei Vorliegen der Interventionsnorm und einem Zusammenspiel aus nationalem oder internationalem Druck sowie den sicherheitspolitischen Interessen des Interventionsstaats mit hoher Wahrscheinlichkeit eine hinreichende Variable für eine Intervention gegeben. Die Arbeit liefert damit auf Grundlage einer extensiven Datenanalyse eine Bestätigung für die These, dass das Interventionsverhalten von Demokratien auf Grundlage der klassischen Theorien nicht ausreichend erklärt werden kann.

Drei Kritikpunkte sind jedoch anzubringen. Zunächst sind Zweifel an der Interventionsauswahl anzumelden. Die politische Verflechtung im Rahmen der Europäischen Union erschwert die Feststellung einer eindeutigen deutschen Position. Zwar weist der Autor auf das Einstimmigkeitsprinzip im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU hin und folgert daraus, dass die Entscheidungshoheit in den Händen der Mitgliedstaaten liegt. Dies bedeutet jedoch nur, dass die Bundesrepublik über ein – formaljuristisch existierendes, aber politisch nicht unbedingt opportunes – Veto verfügt. Da dieses allerdings auch anderen Staaten zusteht, ist die Bundesrepublik zur Durchsetzung von Sanktionen von anderen Mitgliedstaaten politisch abhängig. So ist z.B. die Tätigkeit der Europäischen Union in Afrika stark durch die geopolitischen Interessen der nördlichen Mittelmeeranrainer geprägt. EU-Maßnahmen können daher

nicht ipso facto als deutsche Reaktion verstanden werden.

Ebenfalls nicht vollständig zu überzeugen vermag die Bestimmung der möglichen Formen der Intervention und ihrer Hierarchisierung. Die durch das Völkerstrafrecht geschaffene Möglichkeit der individuellen Strafverfolgung der schwersten Menschenrechtsverbrecher findet in der Arbeit keine Erwähnung, obwohl die Bestrafung sowohl in den Medien als auch in Publikationen der bedeutenden internationalen Nichtregierungsorganisationen verstärkt gefordert wird. Zudem ist unklar, ob eine militärische Maßnahme stets die intensivste Form der Reaktion ist. So können auch Wirtschaftssanktionen, wie beim Oil-for-Food-Programm, schwerwiegende Konsequenzen für das betroffene Land haben.

Der dritte Kritikpunkt betrifft die Frage der Interventionspflicht externer Akteure als Maßstab für den strukturellen Konstruktivismus sowie den vom Autor herausgearbeiteten multikausalen Ansatz. Zu Recht verweist der Autor auf die strittige Einordnung als völkerrechtliche Norm und die Tatsache, dass für die politikwissenschaftliche Untersuchung eine formaljuristisch eindeutige Einordnung nicht zwingend notwendig ist. Problematisch ist aber, dass sich die Norm in den letzten 15 Jahren im stetigen Wandel befand, dessen vorläufiger Höhepunkt die Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen auf dem World Summit 2005 und die Anerkennung der „Responsibility to Protect“ war. Die wichtigsten zitierten Erklärungen datieren damit aber gen Ende oder nach dem Untersuchungszeitraum und können im Hinblick auf den Beginn des Untersuchungszeitraums nicht unbegründet zugrunde gelegt werden.

Trotz der vorgetragenen Kritik ist eine Lektüre zu empfehlen, da die Arbeit eine umfassende Datenanalyse beinhaltet und einem hochkomplexen, spannenden und aktuellem Thema gewidmet ist.

Mayeul Hiéramente

Alice Bellagamba/Georg Klute (Hrsg.), *Beside the State. Emergent Powers in Contemporary Africa (Topics in African Studies, Band 10)*, Köln (Rüdiger Köppe Verlag), 2008.

Mit Blick auf Sub-Sahara Afrika wird die Friedens- und Konfliktforschung immer noch vom Paradigma schwacher Staatlichkeit dominiert. Obwohl Einzelfallstudien, etwa aus Somalia oder der Demokratischen Republik Kongo, diesen Zugang bereits seit einiger Zeit in Frage stellen, haben sich alternative Ansätze bislang nicht durchsetzen können. Das liegt nicht zuletzt an der besonderen Herausforderung, die der afrikanische Kontinent an die Friedens- und Konfliktforschung stellt: Mit einer Vielzahl von Staaten, die sich entweder tatsächlich in Phasen prekärer Staatlichkeit befinden, gerade aus Bürgerkriegen hervorgegangen sind oder sich in vielschichtigen ethnisch aufgeladenen Auseinandersetzungen befinden, bietet sich der Wissenschaft ein vergleichsweise breiter Fächer von Konflikten und hybriden Systemen, die abstrakt und eingängig beschrieben werden müssen. Der Begriff der schwachen Staatlichkeit und die mit ihm synonym verwendeten Begriffe prekäre, fragile und zerfallene Staatlichkeit scheinen daher den Kontinent noch am ehesten abbilden zu können. Dennoch ist die Wissenschaft dem daraus resultierenden Abstraktionsdilemma bislang nicht entkommen: Zwar bietet das herrschende Paradigma einen kohärenten Zugriff, kann gleichzeitig aber auf einzelne Konflikte angewandt recht wenig zu deren Verständnis beitragen. Dass der Begriff sich dennoch hält, hängt auch damit zusammen, dass verwandte Disziplinen, wie etwa die Ethnologie, mithin extrem auf lokale Umstände konzentriert bleiben und trotz ihres ungeheuren Potenzials kaum zur Konfliktforschung beigetragen haben. Und so wundert es kaum, dass das Verständnis afrikanischer Staatlichkeit und der Konflikte, die mit dieser Staatlichkeit verbunden sind, noch immer unbefriedigend ist.

Mit dem nun vorliegenden, von Alice Bellagamba und Georg Klute herausgegebenen Band nähern sich Ethnologen und Ethnographen der Staatlichkeit in Afrika gewissermaßen von der lokalen Seite. Dabei versuchen sie, der Lokalfälle der

teilnehmenden Beobachtung zu entgegen und zum Verständnis afrikanischer Staatlichkeit insgesamt beizutragen. Es sei vorweggenommen, dass dieses Unterfangen nicht nur grundsätzlich lobenswert und überfällig, sondern den Autoren des Bandes überwiegend auch gelungen ist. Paul Nugent etwa zeichnet in seiner brillanten Beschreibung der Geschichte der togolesisch-ghanaischen sowie senegalesischen-gambischen Grenzziehung nach, wie Staaten und Gesellschaften mit den von den Kolonialmächten geerbten Grenzziehungen umgehen. Immer wieder treffen regionale Administrationen Ad-hoc-Entscheidungen über den tatsächlichen Grenzverlauf und die daraus resultierenden Zollpflichten, ohne dabei immer dem Kartenverlauf selbst zu folgen. Das Wissen um den Grenzverlauf, so Nugent, sei immer weiter zum Lokalkwissen verkommen und wird weniger von Grenzpfähnen, als von Grenzbeamten verkörpert. Dieser deskriptive, räumliche Ansatz Nguents hebt sich wohltuend von der in der Politikwissenschaft verbreiteten Diskussion afrikanischer Grenzen ab, kann aber auch nicht ganz der Abstraktionsfalle entgehen: Nguents Schlussfolgerung bleibt, wie die meisten anderen hier vereinigten Artikel, zu sehr auf die konkret beschriebenen Fallbeispiele beschränkt. Er hätte zudem von der in den Sozialwissenschaften mittlerweile einschlägigen Literatur zum *spatial turn* profitieren können. Nguents Beitrag zum Grenzverlauf zwischen Ghana und Togo einerseits und Gambia und Senegal andererseits ist leider die einzige Studie des Bandes, die sich mit Grenzen in Afrika beschäftigt, was insofern verständlich ist, als es den Herausgebern um Staatlichkeit insgesamt geht. Die meisten anderen Beiträge beschäftigen sich vor allem mit dem Konkurrenzverhältnis afrikanischer Staaten zu anderen Formen gesellschaftlicher Organisation, etwa in Form von Vereinen oder politischer Herrschaft von Institutionen, die, daher der Titel des Bandes, neben dem Staat bestehen. So Peter Skanlík, der in seinem gelungenen Beitrag am Beispiel Ghanas die Rolle von traditionellen Stammesfürstentümern beleuchtet. Diese werden oftmals, von modernisierungstheoretischen Untertönen begleitet, als Vorläuferinstitutionen zum modernen Staat gesehen. Dagegen beschreibt Skanlík diese Institutionen als Konkurrenten zum modernen gha-

naischen Staat, deren Entwicklung durch die Einführung der kolonialen und postkolonialen Staatlichkeit nicht abgebrochen wurde und die nun mit dem Staat bei der Bevölkerung um Legitimität konkurrieren. Ihm geht es vor allem um die Strategien, mit denen Vertreter des Staates versuchen, diese traditionellen Formen gesellschaftlicher Autorität zu kooptieren. Darin drückt sich dann auch schon eines der Hauptanliegen der Autoren aus: So schwach der Staat als Abbild europäischer Staatlichkeit sein mag, Staatlichkeit in Sub-Sahara Afrika ist viel flüchtiger als im klassischen Weberianischen Sinne und kann auch abseits des Staates formuliert werden. Bellagamba und Klute haben damit einen Band vorgelegt, der die lokale (Selbst-)Beschränkung der Ethnologie überwindet und deren Arbeit interdisziplinär nutzbar macht. Für das Studium von Konflikten und Staatlichkeit in Afrika ist das Buch daher unverzichtbar.

Dustin Dehé

Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Hrsg.), *Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen, Ergänzungsband 2*, Hamburg/Berlin/Bonn (Verlag E.S. Mittler), 2009.

Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik legt als Herausgeberin ein sicherheitspolitisches Kompendium vor. Der im Juni 2009, also gegen Ende der 16. Wahlperiode, vorgelegte zweite Ergänzungsband spannt einen thematisch weiten Bogen: In seinem Eingangs-Essay „Sicherheit ist mehr als Verteidigung“ (S. 13-18) macht der damalige Chef des Bundeskanzleramtes (und damit Aufsichtsführer über die BAKS), der heutige Bundesinnenminister Thomas de Maizière, deutlich: Sicherheit ist zu einem immer komplexeren Phänomen geworden, in dem sich auf allen Schauplätzen innenpolitische Aspekte nach vorne schieben und das eine multilaterale Vernetzung erzwingt. Die hier bereits angedeuteten Dimensionen werden im zweiten Ergänzungsband in fünf Themengruppen unter die Lupe genommen:

(1) Sicherheit und ihre Vernetzung (mit Beiträgen der Politiker Gernot Erler, Franz Josef Jung und Wolfgang Schäuble, wohl-gemerkt aus ihren seinerzeitigen Ämtern heraus);

(2) Deutschlands Sicherheit in internationaler Einbindung mit Betrachtungen zur EU, NATO, den VN sowie den Supermächten USA, Russland und China, teils geschrieben von Spitzendiplomaten, teils von Wissenschaftlern;

(3) Sicherheitspolitische Herausforderungen, wobei die Themenvielfalt von Asymmetrien über Demografie, Rüstungskontrolle, Terrorismus, Organisierte und Wirtschaftskriminalität, Pandemien, fragile Staaten bis hin zu Kritischen Infrastrukturen reicht;

(4) Strittige Themen der Krisenbewältigung, zu denen normative Fragen des Völkerrechts und der Menschenrechte, Strukturfragen wie der deutsche Föderalismus, religiös-kulturell-ideologische Haltungen wie die religiöse Dimension von Krieg und Frieden und politisch-strategische Ansätze, hier der Raketenabwehr, gehören. In diesem Abschnitt kommt eine besondere Mischung von Verfassern, alle einschlägig ausgewiesen durch besondere Kompetenz, zu Wort, sei es der Völkerrechtler Tomuschat, die Politiker Nooke und Schönbohm, der Kirchenmann Bischof Huber oder der in verschiedenen Berufsfeldern bewährte Nestor der Sicherheitspolitik Lothar Rühl;

(5) Instrumente der Krisenbewältigung, nämlich die Bundeswehr (vom damaligen Generalinspekteur Schneiderhan), die zivilen Mittel (von Botschafter v. Alvensleben) sowie der nationale Bevölkerungsschutz (von einem Autorenteam aus dem Bereich des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe).

„Schlusswort und Ausblick“ durch den Präsidenten der BAKS, GenLt aD Lahl, sowie den damaligen dortigen Studienleiter Sommer runden den von de Maizière gespannten Bogen ab. Sie liefern nicht nur eine stichhaltige Begründung der BAKS-Trias „umfassend-vernetzungsstrategisch“, sondern machen deutlich: Immer wieder neue Herausforderungen erfordern die Umsetzung dieses Ansatzes, aber auch seine Weiterentwicklung und Verfeinerung im Sinne eines kybernetischen Kreislaufs. Deutlich wird dies an den Ausführungen, die überschrieben sind mit: „Die Finanz- und Wirtschaftskrise – Ein neuer Treiber für sicherheitspolitischen Wandel“ (a.a.O., S. 590-592). Hier trägt die Akademisierung des Offi-

ziersberufs sichtbar Früchte: Sind doch beide Autoren nicht nur ausgewiesene Militärs, sondern zugleich diplomierte Wirtschaftswissenschaftler.

Spannend ist es, die Themenfolge, -gewichtung und -bearbeitung dieses zweiten Ergänzungsbandes mit seinen Vorgängern (Kompendium von 2001 sowie Ergänzungsband 1 von 2004) zu vergleichen. Natürlich sind die großen thematischen Linien dieselben. Und doch ist es gerade nicht die ewige Wiederkehr des Gleichen. Wurde der Band 2001 noch im Vorfeld des 11. September fertig gestellt, so reflektierte der Ergänzungsband 1 dieses epochale Ereignis und die internationale, supranationale und nationale Reaktion darauf, letztere seinerzeit unter der rot-grünen Bundesregierung. Heute ist der islamistische Terrorismus – ebenso wie Afghanistan – nach wie vor Thema, beleuchtet im Lichte der zwischenzeitlichen Erfahrungen, Erfolge und Misserfolge. Doch neue Herausforderungen wie die Weltfinanz- und -wirtschaftskrise sind hinzugekommen, wirken katalysierend und geben der Entwicklung neue Richtung.

Aber nicht nur die Akteure auf der weltpolitischen Bühne haben zum Teil gewechselt oder neue Rollen eingenommen. Auch die Autorenschaft, die übrigens in nicht geringen Teilen zu dem handverlesenen Dozentenkreis der BAKS gehört, weist altbekannte große Namen ebenso auf wie Newcomer. Und es ist die Mischung, die es macht: Vom Kirchenmann zum Politiker, vom Diplomaten zum General, vom Professor zum Abteilungsleiter, immer wieder ergänzt durch Personen, die etwa als Referenten in Behörden oder als Mitarbeiter in Braintrusts an der Basis Expertise sammeln und entwickeln. Der Ergänzungsband ist, ebenso wie seine Vorläufer-Bände, uneingeschränkt zu empfehlen.

Christian Papsthart

Andrea Schneiker, Die Selbst- und Koregulierung privater Sicherheits- und Militärfirmen, Baden-Baden (Nomos Verlagsgesellschaft), 2009.

Andrea Schneiker befasst sich in ihrer Arbeit mit der Selbst- und Koregulierung privater Sicherheits- und Militärfirmen (PSMF). Ein Schwerpunkt liegt auf der

Frage, ob bereits vorhandene Kodizes als Instrumente von Governance im Sicherheitsbereich verstanden werden können. Im Kontext dieser Arbeit wird Sicherheitsgovernance als Gewährleistung der Sicherheit der Bürger nach innen und außen definiert, wobei die innere Sicherheit im Vordergrund steht.

Die Definition von PSMF umfasst in dieser Arbeit sämtliche Firmen, die mit militärischen, polizeilichen und/oder nachrichtendienstlichen Mitteln einen Beitrag zur Sicherheit leisten. Das Einsatzgebiet von PSMF liegt häufig in Räumen begrenzter Staatlichkeit, in denen Sicherheit nicht mehr allein durch staatliche Akteure gewährleistet werden kann. In diesen Raum treten PSMF als private Akteure ein, die für ihren Auftraggeber das Sicherheitsniveau heben sollen. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts erfolgte der Aufstieg der PSMF als private Sicherheitsakteure. Die danach einsetzende Reduzierung der Streitkräfte setzte weltweit große Ressourcen an Personal frei, die sich dem privaten Arbeitsmarkt zur Verfügung stellten. Die Weiterentwicklung von Waffen- und Kommunikationssystemen führten dazu, dass das Militär auf privates Personal für Wartung und Bedienung angewiesen war. Besonders in den USA spielen PSMF eine wichtige Rolle.

Der Einsatz von privaten Sicherheitsakteuren in Räumen begrenzter Staatlichkeit erzeugt jedoch auch negative Begleiterscheinungen. Durch die Ausrichtung ihrer Dienstleistungen verstehen PSMF Sicherheit zwangsläufig als privates Gut, was sich wiederum negativ auf die gesamte Sicherheitslage auswirken kann. In den meisten Fällen definiert sich der Erfolg dieser Firmen an den erbrachten Ergebnissen und nicht an der Vorgehensweise der Akteure. Die zum Teil schwere Bewaffnung und das Verhalten im Einsatz verursachen in vielen Fällen verstärkte Unsicherheit in der Bevölkerung. Im Irak zeigt sich dies durch den maßlosen und willkürlichen Einsatz von Waffengewalt. Des Weiteren besteht die Gefahr, dass PSMF durch die hohe Nachfrage ihrer Dienstleistungen seitens der Auftraggeber zunehmend unqualifiziertes Personal einstellen, das mit den kulturellen Aspekten des Einsatzlandes nicht vertraut ist. Unter Umständen schaffen die PSMF nicht nur für die Bevölkerung Unsicherheit, sondern auch für NGOs

und reguläre Truppen. Dies kann sich wiederum kontraproduktiv auf deren Strategien auswirken. Da private Sicherheitsakteure in den meisten Fällen nicht als solche gekennzeichnet sind und sich nicht mit dem Militär abstimmen, kann es zu Verlusten durch „friendly fire“ kommen. Um sich personell zu verstärken, heuern PSMF z.B. in Afghanistan und im Irak des Öfteren lokale Milizen und andere bewaffnete Kräfte als Unterstützungsgruppen an und unterminieren damit Entwaffnungs- und Demobilisierungsvorhaben von staatlichen Akteuren. Für viele Beobachter ist eine fehlende Regulierung ein Grund für die negativen Begleiterscheinungen bei Einsätzen von privaten Sicherheitsakteuren.

Ein weltweites Verbot von PSMF hält Schneiker weder für sinnvoll noch für durchsetzbar. Gegenwärtig sind viele NGOs und multinationale Unternehmen auf die Zusammenarbeit mit privaten Sicherheitsakteuren in Krisengebieten angewiesen. Des Weiteren sind viele Streitkräfte, vor allem die der Vereinigten Staaten, von den Dienstleistungen der PSMF abhängig und ohne sie nicht mehr voll einsatzfähig. Gegen ein Verbot spricht ebenfalls die Rolle, die diese Sicherheitsfirmen in den politischen Strategien einiger Länder einnehmen. Der Umstand, dass gefallene Mitarbeiter privater Sicherheitsfirmen in keiner Statistik erfasst werden, erleichtert es Regierungen, die wahren Verluste in einem Einsatz zu verschleiern bzw. nach unten zu korrigieren. Letztlich macht es die intensive Lobbyarbeit und die Verflechtung mit der Politik – insbesondere in den USA – unwahrscheinlich, dass ein Verbot verabschiedet wird.

Schneiker untersucht in ihrer Dissertation den Sarajevo-Verhaltenskodex und den Verhaltenskodex der International Peace Operations Association (IPOA). Der Sarajevo-Verhaltenskodex beinhaltet eine Form von Koregulierung, da neben den in Bosnien-Herzegowina operierenden PSMF auch staatliche Akteure, die Zivilgesellschaft und NGOs beteiligt sind. Der in diesem Kodex eingeführte Standard enthält in einigen Fällen exakte Umsetzungskriterien, was die Autorin in der Annahme bestätigt, dass eine Beteiligung von staatlichen und zivilen Akteuren einen höheren Standard erzeugt als selbstregulierte Kodizes. Allerdings

wird der Sarajevo-Verhaltenskodex durch fehlende Monitoring-Mechanismen abgewertet.

Der IPOA-Verhaltenskodex hat eine selbstregulierende Funktion. Seit 2001 verpflichten sich alle beteiligten Firmen, die im Kodex angeführten Bestimmungen einzuhalten. Da insbesondere die Regierung der USA die Einhaltung der in diesem Verhaltenskodex festgelegten Regeln nicht zum Kriterium für die Vertragsvergabe macht, bestehen für die IPOA-Mitglieder wenig Anreize, sich an diesen zu halten. Monitoring- und Sanktionsmechanismen finden innerhalb der Organisation statt und werden nicht veröffentlicht. Aus diesem Grund lässt sich nicht feststellen, inwieweit sich die Mitglieder an die selbstaufgelegten Regelungen halten und nach Verstößen mit Sanktionen bestraft werden.

Die Autorin kommt nach dem Abschluss ihrer sorgfältigen Argumentationsführung zu dem Ergebnis, dass weder der IPOA- noch der Sarajevo-Verhaltenskodex als Regulierungsinstrumente von Governance im Sicherheitsbereich gelten können. Insbesondere der Umstand, dass in den untersuchten Kodizes Sicherheit nicht als öffentliches Gut verstanden wird, macht sie als Regulierungsinstrumente unbrauchbar. Im Anschluss an ihr Fazit spricht sich Schneiker dafür aus, die PSMF in eine Sicherheitssektorreform (SSR) zu integrieren. Unter SSR sind die Bemühungen zu verstehen, die auf eine Effektivitätssteigerung des Sicherheitsapparats und dessen demokratischer Kontrolle abzielen. Durch diese Integration würde die Arbeit von PSMF Sicherheit als öffentliches Gut bereitstellen.

Abschließend ist auf den umfangreichen und informativen Anhang dieser Arbeit hinzuweisen. Ein Überblick über bestehende PSMF, ihre Homepages und deren Mitgliedschaft in den unterschiedlichen Dachverbänden und Kodizes zeugt von Schneikers intensiver und erfolgreicher Recherche in einer durch Intransparenz gekennzeichneten Branche.

Jochen Jandrewski

Brigitte Weiffen, Entstehungsbedingungen von Demokratien. Interne und externe Einflüsse im Vergleich, Baden-Baden (Nomos Verlagsgesellschaft), 2009.

In ihrer Dissertation untersucht Brigitte Weiffen Entstehungsbedingungen von demokratischen Staatsformen. Weiffen möchte vor dem Hintergrund weltweiter internationaler Vernetzung im wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Bereich nicht nur interne Einflüsse analysieren, sondern auch die Bedeutung externer Einflüsse und das Zusammenwirken eben dieser mit internen Faktoren. Denn in der Demokratie- und Transitionsforschung sind internationale Faktoren in Bezug auf demokratische Entwicklungen einzelner Staaten bislang nicht ausreichend berücksichtigt worden.

In ihrem Untersuchungsdesign unterscheidet Weiffen zwischen dem Demokratieniveau eines politischen Systems zu einem bestimmten Zeitpunkt und demokratischen Wandlungsprozessen, die Veränderungen oder Entwicklungen über die Zeit beschreiben. Das Demokratieniveau wird in erster Linie durch *strukturelle* interne und externe Bedingungen beeinflusst, während bei demokratischen Wandlungsprozessen interne und externe *Akteure* maßgeblich für Veränderungen des politischen Systems verantwortlich sind. Die *strukturellen* Einflüsse erfasst Weiffen mit quantitativen Methoden, interne und externe *Akteure* mit qualitativer Forschung.

Zu den *strukturellen* internen Einflüssen auf das Demokratieniveau eines Staates zählt Weiffen sozioökonomische Bedingungen (Wohlstandsniveau, demokratieförderliche Werte u.a.) und historisch-kulturelle Faktoren (religiöse Prägung, ethnische Zusammensetzung u.a.). *Strukturelle* externe Einflüsse sind aufgeteilt in ökonomische Einflüsse (wirtschaftliche Liberalisierung u.a.), politische Einflüsse (internationale Einbindung u.a.) und gesellschaftliche Einflüsse (mediale und kommunikative Vernetzung).

Interne *Akteure*, die zu demokratischen Wandlungsprozessen in einem Staat beitragen, sind Eliten (politische und wirtschaftliche Eliten), Organisationen (Parteien, Gewerkschaften u.a.) und Massenbewegungen (Massenproteste). Eine demokratische Veränderung der politischen Staatsform bewirken häufig auch, besonders in Zeiten der Globalisierung, externe *Akteure*. Bei externen Akteuren handelt es sich um ökonomische *Akteure* (internationale Finanzinstitutionen), po-

litische *Akteure* (internationale Organisationen) und Staaten.

In ihrer Fallanalyse analysiert Weiffen interne und externe Einflüsse auf demokratische Wandlungsprozesse in Lateinamerika. Hierfür vergleicht sie einzelne Länderstudien über Argentinien, Chile, Peru und Paraguay. In diesen ehemaligen Militärdiktaturen haben sich im Laufe der letzten vier Jahrzehnte auf unterschiedliche Art und Weisen demokratische Staatsformen herausgebildet. So stellen Argentinien und Chile zwei Staaten dar, in denen sich die Demokratie seit den 1980er Jahren weitgehend gefestigt hat, während in den beiden Staaten Peru und Paraguay die Demokratisierungsprozesse noch nicht abgeschlossen sind und nach der demokratischen Transition autoritäre Rückfälle aufgetreten sind. In allen vier Ländern gaben interne Akteure, beispielsweise in Argentinien der Gewerkschaftsbund und in Chile die politischen Oppositionsparteien, den Anstoß zu Transitionen. Zur Konsolidierung der Demokratien trugen sowohl interne auch als auch externe Faktoren bei. Als hilfreich erwies es sich, wenn zivilgesellschaftliche Organisationen bereits vor der autoritären Staatsform existiert hatten. Während dies für Argentinien und Chile zutrifft, hatten in Peru und Paraguay noch keine starken Zivilgesellschaften existiert. Als externe Faktoren übten insbesondere internationale Finanzinstitutionen und politische internationale Organisationen Einfluss auf demokratische Wandlungsprozesse aus. So musste Präsident Fujimori in Peru 1992 unter dem Druck internationaler Finanzinstitutionen, die für eine Stärkung demokratischer Institutionen im Land eintraten, seinen Plan zur Errichtung einer Diktatur aufgeben. Stattdessen kündigte er Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung an. Als wichtiger internationaler politischer Akteur galt in den 1990er Jahren und bis in die Gegenwart die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS). Die OAS verabschiedete seit Beginn der 1990er Jahre verschiedene Resolutionen, in der die demokratische Staatsform als verpflichtend für alle Mitgliedstaaten erklärt wurde. In Peru übte die OAS Druck auf Präsident Fujimori aus und leistete so, neben den internationalen Finanzinstitutionen, einen Beitrag zur demokratischen Transition. Diese

wurde dann durch die Mitwirkung innerstaatlicher Kräfte, also durch die Einlenkung Fujimoris, eingeleitet. Für die demokratische Konsolidierung der vier Staaten sieht Weiffen die Globalisierung als wichtigen, aber ambivalenten Einflussfaktor an. Nach dem Ende des Kalten Krieges unterstützte der sich herausbildende demokratische Konsens in Lateinamerika in den vier Ländern die Aufrechterhaltung zumindest formal demokratischer Institutionen. Das Vertrauen der Bürger in die nationalstaatlichen demokratischen Institutionen nahm jedoch Lauf der Zeit wieder ab, „was unter anderem auf die Ohnmachtsgefühle der Menschen angesichts der Globalisierung rückführbar sein dürfte“ (S. 233).

In ihrem Fazit zieht Weiffen die Bilanz, dass Demokratieförderung nur dann effizient sein kann, wenn „das Zusammenwirken nationaler und internationaler Strukturen und interner und externer Akteure in dem jeweiligen Land“ (S. 245) einkalkuliert wird. „Demokratien entstehen nicht durch Intervention, sondern durch Interaktion nationaler und internationaler struktureller Bedingungen sowie interner und externer Akteure“ (S. 245). Weiffen gelingt es, dies am Beispiel der vier lateinamerikanischen Staaten zu veranschaulichen.

Weiffens Dissertation ist vor allem für einen Leserkreis von Interesse, der sich für die Demokratieforschung oder Lateinamerikastudien interessiert.

Max Albrecht

Bianca Schmolze/Knut Rauchfuss (Hrsg.), Kein Vergeben. Kein Vergessen. Der internationale Kampf gegen die Straflosigkeit. Berlin/Hamburg (Assoziation A), 2009.

Die Herausgeber dieses Sammelbandes widmen sich den dunkelsten Seiten der Geschichte der letzten 40 Jahre und beleuchten den Umgang mit begangenen Menschenrechtsverletzungen in Lateinamerika, Afrika, Europa und Asien. Wie soll man auf einen Völkermord wie in Ruanda oder Srebrenica reagieren und wie ist das Schicksal der Angehörigen der Verschwundenen der Operation Condor angemessen zu würdigen, ohne die Hoffnung auf eine demokratische Transition zu zerstören? Diese Fragen ziehen sich als

roter Faden durch zwölf Länderberichte, die dem Leser einen wertvollen Einblick in den nationalen und internationalen Kampf gegen die Straflosigkeit geben.

Die Stärke des Sammelbands und der einzelnen Länderberichte ist eine ausgewogene und objektive Betrachtung der Geschehnisse und der Zwänge und Interessen der Akteure des Übergangs. Trotz des gewählten Fokus auf die Arbeit von Menschenrechts- und insbesondere Hinterbliebenen- und Opferorganisationen, die sich für die Beendigung der Straflosigkeit einsetzen, werden auch die legitimen Argumente gegen eine konsequente Bestrafung der Täter ausführlich dargestellt. Die verzwickte Lage demokratischer Übergangsregierungen (in Lateinamerika), der Verhandlungspartner in Friedensprozessen (in Südafrika) oder internationaler Akteure (wie z.B. der UN im ehemaligen Jugoslawien) wird damit nachvollziehbar gemacht und zeigt in deutlicher Weise auf, dass Vergangenheitsbewältigung nicht nach einem vorgefertigten Muster ablaufen kann. Stets müssen die Besonderheiten des Landes und der Region berücksichtigt werden. Ein Lösungskonzept für Übergangsprozesse hat der Sammelband daher zu Recht nicht angestrebt. Stattdessen zeigt er Ansätze auf, wie die verschiedenen Akteure einen Beitrag zu einem friedlichen Übergang leisten können, der sowohl die begangenen Verbrechen berücksichtigt als auch ein Wiederaufflammen der Konflikte pragmatisch verhindert.

Vor allem lateinamerikanische zivilgesellschaftliche Gruppen (wie die *Madres de Plaza de Mayo* in Argentinien) zeigten auf mutige und kreative Art und Weise, wie ein gesellschaftlicher Diskurs über die Vergangenheit eröffnet und am Leben gehalten werden kann. Im Falle Chiles wurde dieser Kampf gegen die Straflosigkeit internationalisiert und führte zu dem bekannten Verfahren gegen *Augusto Pinochet*. Auch im Fall Guatemala wird der Einfluss des Auslands (hier der *Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte*) in den Ausführungen deutlich. Bedauerlich ist, dass eine Darstellung der zivilgesellschaftlichen Bewegungen in den Beispielfällen Jugoslawien und Sierra Leone fast vollständig unterbleibt.

Neben Menschenrechtsgruppen ist die (erneuerte) politische Elite zentral für eine friedliche Transition. Dieser fällt

die komplizierte und undankbare Aufgabe zu, zwischen den Forderungen der Zivilgesellschaft, des alten Machtapparats (vor allem der Armee) und der internationalen Gemeinschaft hin und her zu manövrieren. Wie in den Länderberichten deutlich wird, ist ein radikaler Bruch mit der Vergangenheit nicht tragbar. Im Vergleich der Länderberichte wird deutlich, wie der begrenzte Handlungsspielraum der Akteure die Art und Weise der Vergangenheitsbewältigung beeinflusst. So wurden z.B. in fast allen Ländern Wahrheits- und Versöhnungskommissionen eingesetzt. Die Mandate dieser Kommissionen unterscheiden sich jedoch in vielen Punkten. Während das Verfahren in Südafrika gerichtsähnlich ausgestaltet war und sogar das öffentliche Anprangern als eine Form der Bestrafung der Täter beinhaltet, so war es z.B. der chilenischen *Nationalen Kommission Wahrheit und Versöhnung* sogar verboten individuelle Täter zu benennen. Auch die Ausstattung der Kommissionen sagt einiges über ihre Möglichkeit aus, einen Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung zu leisten. Der paraguayische *Kommission für Wahrheit und Gerechtigkeit* ermannte es an Mitarbeitern und juristischen Mitteln, um Täteraussagen zu erzwingen. Im Gegensatz dazu verfügte die südafrikanische Kommission über ca. 18 Millionen US-Dollar pro Jahr. Weitere interessante Aspekte treten beim Umgang mit Amnestiegesetzen zu Tage. Beispielhaft soll hier die sogenannte *Aylwin-Doktrin* genannt werden. Der chilenische Präsident fürchtete den Machtkampf mit Pinochet und wagte es daher nicht, das zuvor erlassene Amnestiegesetz anzutasten. Aylwin forderte jedoch die Richter auf, in angezeigten Fällen zu ermitteln, und so die Täter zu individualisieren und die Taten öffentlich zu machen. Die Amnestie wurde also darauf reduziert, drohende Sanktionen zu verhindern und den Tätern die Haft zu ersparen.

Als dritter wesentlicher Akteur der Vergangenheitsbewältigung wird die internationale Gemeinschaft behandelt. Neben der direkten Involvierung der Vereinten Nationen in Ruanda, Ex-Jugoslawien, Osttimor, Kambodscha und Sierra Leone wird auch der Einfluss europäischer Ankläger (insbesondere zu nennen ist hier der spanische Ermittlungsrichter Baltasar Garzón) thematisiert. Die Arbeit der

Vereinten Nationen im völkerstrafrechtlichen Bereich wird von den Autoren nicht ganz zu Unrecht als wenig erfolgreich eingestuft. Kernkritikpunkte sind die Kompromissbereitschaft (insbesondere im Fall Kosovo) und die Selektivität der Strafverfolgung (mit dem Negativbeispiel Ruanda). Hier treten grundlegende Fragen des internationalen Strafrechts auf, die es stets aufs Neue zu stellen gilt: Darf man mit Schwerstverbrechern verhandeln, Kompromisse eingehen und ist eine konsequente Bestrafung immer sinnvoll und realisierbar? Dahinter stehen Fragen nach der Grundkonzeption des internationalen Strafrechts. Dient das Strafrecht primär dem Schutz der konkreten, individuellen Opfer und handelt es sich damit um Menschenrechtsschutz durch Strafe? Eine andere Interpretation würde die Befriedung des Landes in den Mittelpunkt rücken und nach dieser kollektivistischen Sichtweise Einzelschicksale ausblenden, soweit diese nicht für eine allgemeine Befriedung notwendig sind. Diese Fragen sollten vom Sammelband „Kein Vergeben. Kein Vergessen.“ nicht geklärt werden, werden aber immer wieder implizit aufgeworfen. Durch eine präzise Darstellung sowohl von Einzel- als auch Gemeinschaftsschicksalen wecken die Autoren das Interesse des Lesers und regen zum Nachdenken an. Trotz einiger kleiner Ungenauigkeiten im Umgang mit juristischen Detailfragen und einer gewissen, von den Autoren bewusst in Kauf genommenen Unübersichtlichkeit ist der Sammelband sowohl für den interessierten Laien als auch als wissenschaftlicher Einstieg in die Thematik zu empfehlen.

Mayeul Hiéramente

Franz Eder/Martin Senn (eds.), *Europe and Transnational Terrorism*, Baden-Baden (Nomos Verlagsgesellschaft), 2009.

The terrorist attacks in Madrid and London made it apparent that Europe was not immune to transnational terrorism. Today, the counter-terrorism efforts of European Union (EU) and its member states are not confined to the fight against home-grown terrorist networks. Europe has also become an important part of the global struggle against terrorism. For this struggle to be effective, the EU

needs to develop adequate strategies in countering terrorism, which implies changes in areas of communication, technology and banking.

In the book “Europe and Transnational Terrorism: Assessing Threats and Countermeasures”, two aspects of the topic have been elaborated. First, three articles by Paul Wilkinson, Lorenzo Vidino, and Christopher Daase cover the assessment of the threat posed by terrorist networks, particularly the threat emerging from the Jihadist networks in Europe and terrorist incidents involving weapons of mass destruction (WMD). In the second set of articles, Victor Mauer, David Brown, Wyn Rees, and William Vleck analyze counter-terrorism measures of the European Union as well as its member states. The articles shed light on the threat of Jihadist networks in Europe, the threat of transnational terrorism in Germany, Britain’s role in the war on terror, the US-European cooperation in countering terrorism, and on EU measures against the financing of terrorism.

Christopher Daase addresses the question of how real is the risk of terrorist incidents involving weapons of mass destruction (WMD). As there still persists a lack of “scientific parameters for international risk assessment as well as an integrated methodology that would allow us to distinguish between appropriate and inappropriate policy measures” (p. 60), Daase proposes a method of risk assessment, which combines qualitative and quantitative risk parameters. For such an assessment, it is critical to define four factors: *motivation*, why terrorist groups would employ WMD; *opportunity* of terrorist groups to acquire and employ WMD; *vulnerability* of the victim to WMD terrorism; and *capacities* of WMD terrorism, determined predominantly by the organizational strength, financial resources, and technological capabilities of terrorist groups. Daase concludes that policy recommendations to reduce the likelihood of WMD attacks should be based on these four factors as well.

The article by Wyn Rees emphasizes the importance of international counter-terrorism measures in the context of globalization. The process of globalization has enhanced the opportunities of terrorist groups.

Terrorist groups have benefited from the fruits of globalization in different ways, in particular from technology, mass movements of tourists, and global media to publicize terrorist acts to a world-wide audience. In this context, an effective response to it should go beyond national and regional boundaries. The author examines the question of the US-European Union cooperation in the field of counter-terrorism, which “provides the wider international community with important lessons as to how counter-terrorism agreements can be achieved” (p. 129). Rees tries to illustrate how the US-EU relationship has proved to develop innovative security cooperation despite certain barriers that obstruct international counter-terrorism efforts like differing perception of the threat and differing strategic cultures amongst states, as well as different historical experiences. The transatlantic cooperation goes beyond traditional military cooperation; the US and Europe successfully cooperate in such areas like border security, law enforcement and judicial matters, as well as intelligence. From the experience of the US-European cooperation, some lessons can be drawn for the wider international community.

In the final part, editors Franz Eder and Martin Senn examine deterrence measures in the EU's fight against transnational terrorism and explore to what extent deterrence strategies are applicable to influence the behavior of terrorist networks. They provide a categorization of deterrence strategies based on different criteria: a) on how an action is to be deterred, it is possible to distinguish between *deterrence by denial* and *deterrence by punishment*; b) according to the level of the conflict, deterrence strategies can be categorized as *general* and *immediate* deterrence; and c) *central deterrence* and *extended deterrence* according to actors of deterrence strategies (pp. 176-177). The success of deterrence strategy depends on the defender's knowledge about the interests and capabilities of the challenger and on the credibility of the deterring threat.

Discussing deterrence measures of the EU, the authors look at structural challenges in counter-terrorism. EU bodies and EU member states have different approaches towards information gathering and

evaluation, which is predominantly conditioned by the lack of centralized intelligence agency at the EU level. Union-wide threat assessment had been missing, because member states had focused exclusively on national threat assessments. These problems that the EU faces are conditioned among others by the “unwillingness of EU member states to transfer competencies to the supranational level and share intelligence on a EU-wide scale” (p. 187). Because of the lack of competencies and capabilities as well as differences in threat perceptions in member states, the EU remains so far a subordinate actor in the field of terrorism.

The volume is a sound contribution to the scholarly discussion on the transnational terrorism and the fight against it. The volume's aim of giving an exemplary picture of current developments in Europe has been met. The book presents a good overview of the developments both with regard to the threat of transnational terrorism as well as to counter-terrorism measures in Europe. The volume covers, though not all, key aspects of the topic “Europe and transnational terrorism”. As the editors note in the introduction, the volume offers a selection of issues. That the book may have neglected other aspects of the topic and that some questions may be left open should not diminish the relevance of the book.

Shahlo Sabirova

Paul Higate/Marsha Henry (eds.), *Insecure spaces, Peacekeeping, power and performance in Haiti, Kosovo and Liberia*, London (Zed Books), 2009.

Friedensmissionen stellen Planer und Beteiligte vor große Herausforderungen, die beispielsweise globale politische Machtfragen und völkerrechtliche Grundlagen betreffen. Seit etlichen Jahren analysieren Wissenschaftler im Detail Kontroversen zum Mandat, zur Befehlsstruktur, zur Ausstattung und zur Zusammensetzung von Blauhelmsoldaten, indem sie ausgewählte Fallbeispiele unter die Lupe nehmen oder vergleichen. Inzwischen werden diese Studien durch einzelne Untersuchungen über die nicht intendierten Auswirkungen der Einsätze und die kritischen Perspektiven der jeweiligen lokalen Bevölkerung ergänzt.

In diese Debatte über eine differenzierte Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen und inter-kulturellen Dimensionen von UN-Friedensmissionen, die auf den ersten Blick oft als Erfolgsgeschichten erscheinen, ist die Publikation „Insecure spaces“ einzuordnen. Im Mittelpunkt stehen die vielschichtigen Alltagsprobleme im Aufeinandertreffen von zumeist schlecht ausgestatteten und unzureichend vorbereiteten Blauhelmsoldaten und lokaler, von Kriegsgewalt traumatisierter Bevölkerung.

Paul Higate und Marsha Henry, beide Politikwissenschaftler an der Universität Bristol, sind ausgewiesene Sicherheits- und Militärexperten. Higate diente selbst fast ein Jahrzehnt in der britischen Luftwaffe, bevor er als Militärsoziologe mit innovativen Studien zu Männlichkeitsvorstellungen von Soldaten in der britischen Armee sowie maskulinen Selbstbildern von Blauhelmsoldaten in Sierra Leone und in der Demokratischen Republik Kongo ein neues Forschungsfeld erschloss. Marsha Henry baut auf Forschungserfahrungen zum Problemkomplex von Geschlechterverhältnissen und Sicherheit in Asien auf. Folglich sind *Gender*-Dimensionen ein integraler Bestandteil der nun vorliegenden Analyse, die Geschlechterhierarchien mit anderen Machtphänomenen verbindet. Während sich eines der insgesamt acht Kapitel explizit den *Gender*-Hierarchien widmet, sind diese in allen anderen Kapiteln sowie in der Einleitung und im Schlusswort wichtige Teilaspekte der Untersuchung. Grundlage des Buches sind empirische Erhebungen in Liberia, Haiti und im Kosovo. Dort führten die Autoren zwischen 2004 und 2007 insgesamt 286 Interviews mit Blauhelmsoldaten/-innen unterschiedlichen Rangs, Mitarbeitern/-innen von Nicht-Regierungsorganisationen und Vertreter/-innen der jeweiligen lokalen Bevölkerung. Sie erläutern, dass in allen drei Ländern Strukturprobleme wie hohe Arbeitslosigkeit, mangelhaft arbeitende staatliche Institutionen und mächtige kriminelle Banden vorherrschen, die eine umfassende Befriedung gefährden und auch Ursache der alltäglichen Schwierigkeiten der Blauhelmsoldaten sind. Hinzu kommen Konflikte innerhalb der Kontingente, zwischen ihnen und humanitären Organisationen und Probleme mit Gruppierungen, die

den ausländischen Soldaten ablehnend oder feindselig entgegneten.

Zentrale Kernbereiche der Forschung sind Fragen zu Räumlichkeit und Sicherheit. Konkret betrifft das die Einteilung geographischer Räume in sichere Orte, Zonen und Enklaven sowie die gleichzeitig festzustellende Klassifizierung ganzer Regionen als unsichere Gebiete. Diese Grenzziehungen helfen den Blauhelsoldaten, ihre Verunsicherung angesichts der häufig sehr diffusen Sicherheitslage zu bewältigen. Damit verbunden ist die Auseinandersetzung mit Mobilitätsbeschränkungen, Bewegungsfreiheit und dem Auftreten von Blauhelsoldaten. Hier kontrastieren Higate und Henry das paradeartige Fahren im Konvoi auf den zentralen Straßen einer Hauptstadt mit der Vermeidung von dichten Wohngebieten und ihrem unübersichtlichen Gassengewirr. Berücksichtigung findet auch die Tatsache, dass abgelegene Siedlungen, die ohne „sichere“ Fahrzeuge nicht zu erreichen sind, von Blauhelsoldaten gemieden werden. Indem die Autoren dabei keineswegs nur logistische Gründe gelten lassen, sondern die vielerorts berechtigten Ängste der Blauhelsoldaten vor Überfällen durch gewaltbereite Kriminelle ansprechen – häufig sind das perspektivlose Ex-Kombattanten und demobilisierte Soldaten – decken sie ein Strukturproblem von Friedensmissionen in unübersichtlichen Nachkriegskontexten auf. Denn die Bewohnerinnen und Bewohner jener Orte sind der Gewalt der zumeist schwer bewaffneten Kämpfer schutzlos ausgeliefert.

Die Verunsicherung etlicher Blauhelsoldaten, sich unkorrekt gegenüber der jeweiligen lokalen Bevölkerung zu verhalten, deren Kultur, Umgangsformen und Sprache ihnen meist fremd ist, wird ebenfalls thematisiert. Dies illustrieren die Autoren an Fallbeispielen aus Liberia. Sie kontrastieren die Selbst- und Fremdzuschreibungen von Blauhelsoldaten und Vertreterinnen der dortigen Gesellschaft, wobei deren Urteile auf eigenen Erfahrungen und nationalen Stereotypisierungen beruhen. So gelten Soldaten aus Nigeria als durchsetzungsfähig, gnadenlos und kriminell. Demgegenüber werden bengalische Streitkräfte als verweiblicht, schwach und parteiisch – gleichzeitig aber auch als kommunikativ und empathisch eingestuft. Solche Ein-

teilungen, die von den Autoren als imaginierte Identitäten bezeichnet werden, sorgen auch zwischen den Kontingenten für latente Konflikte. Dies verdeutlicht, dass Blauhelsmissionen keineswegs wie multi-kulturelle Schmelztiegel wirken, sondern nationalistische Distinktionen und rassistische Vorurteile sogar verstärkt werden.

Die Manifestation von Macht in Interaktionen mit der lokalen Bevölkerung zeigt sich keineswegs nur bei Patrouillen, sondern auch im Freizeitverhalten der Blauhelsoldaten, wobei sexuelle Kontakte mit Einheimischen als Sicherheitsproblem gelten. Besonders offenkundig ist dies im Kosovo, wo im Rahmen des organisierten Frauenhandels durch weit verzweigte kriminelle Netzwerke seit vielen Jahren Zwangsprostitution stattfindet. In Haiti werden die Blauhelsoldaten abschätzig als Touristen titulierte, da sie sich in ihrer Freizeit in den längst heruntergekommenen Strandhotels mit Mädchen vergnügen, was die männliche Bevölkerung als Affront wahrnimmt. Ähnliches trifft auf Liberia zu, wo eine heftige Debatte darüber entbrannte, wer für den rasanten Anstieg von HIV/AIDS verantwortlich sei: die nigerianischen Blauhelsoldaten, die Liberianerinnen infiziert hätten, oder liberianische Prostituierte, die die Nigerianer angesteckt hätten.

Unter Bezug auf diese Probleme fordern Higate und Henry in ihrem Fazit, die häufig fragwürdigen *Gender-Trainings* für Blauhelsoldaten zu professionalisieren und um eine differenzierte Auseinandersetzung mit Maskulinität und Sexualität zu ergänzen. Darüber hinaus betonen sie, wie wichtig es ist, Geschlechterdimensionen in Analysen von Friedensmissionen systematisch einzubeziehen. Diesem anschaulich geschriebenen Buch, das die Praxis von Blauhelsmissionen durchleuchtet, ist eine große Leserschaft zu wünschen.

Rita Schäfer

Beth A. Griech-Polelle (eds.), *The Nuremberg War Crimes Trial and its Policy Consequences Today*, Baden-Baden (Nomos Verlagsgesellschaft), 2009.

The Nuremberg War Crimes Trial was a significant act in the international politics

and legal practice. NSDAP party members and the military, those responsible for the killings of millions of people were brought to international justice and punished. But were the trial's outcomes simply put to the archives, representing interest only for the scholars specializing in history? Definitely not, as the analysis of the work of Prof. Beth Griech-Polelle demonstrates. She shows the extent to and manner in which the legacy of Nuremberg influenced the formation and development of institutions and norms of international justice for the prosecution of crimes against humanity, war crimes and genocide as well as relevant domestic law rules and norms of the United States as the main country of the given research.

The present book mostly consists of contributions by American scholars, the majority of them coming from the academic law backgrounds that significantly defines the content's character. Other contributions come from political science and history researchers. Thus, the reader should be prepared to adjust to the legal language, method of presentation or interpretation of situation or process, along with numerous references to legal acts and documents.

The book is divided into two sections titled "The Immediate Postwar Trials and Their Short-Term Effects" (Section 1) and "The Present-Day impact of Nuremberg on International Law" (Section 2). The first section highlights several dimensions of legal and political developments in the post-war period associated with the prosecution of Nazi crimes. It should also be noted that these developments sometimes do not relate directly to the Nuremberg Trial. One example is the article by Marina Sorokina: "On the Way to Nuremberg: The Soviet Commission for the Investigation of Nazi War Crimes". She concentrates on the description of several initiatives for the creation of special Soviet commission investigating Nazi war crimes on the territory of Soviet Union, but does not give any references to the Nuremberg Trial. Other examples are, the articles by Michael Bryant and Winfried R. Garscha, which consider the scope of responsibilities or jurisdiction of German and Austrian courts on the judgment of Nazi crimes. The only article

sufficiently focusing on the Nuremberg Trial consequences is by James Sedgwick. Sedgwick provides a quite interesting legal and political comparative analysis of the Nuremberg and Tokyo War Crimes Trials, discussing the similarities, for example how both trials “attempted to establish a legal framework to end future wars” and arising differences and problems in attempts to apply Nuremberg conventions and norms to the Tokyo Trial (p. 65, 67, 72-75).

The second part is more adapted to the contemporary issues in the fields of international justice and the U.S. domestic human rights law system and traces the role and influence of the Nuremberg Trial on the formation of contemporary legal provisions in these fields. The main point of argumentation concentrates on the provision that the Nuremberg Trial could be considered as the act ensuring the legitimacy of bringing those responsible for human rights abuses before courts of international or domestic justice.

Gwynne Skinner represents the Nuremberg Trial as a precedent that significantly influenced the development of human rights law in the United States. She supported this provision by referring to the different case studies from the American jurisprudence. According to Skinner, Nuremberg made crimes such as genocide, war crimes, forced labor, crimes against humanity into something universally recognized and declared the universal jurisdiction over such crimes (p. 100). At the same time, the trial provided the legal basis for the enforcement of the Alien Torture Statute in the United States that predetermined incorporation, referring to and guided by Nuremberg principles in American litigation, while trying cases that involved the crimes against humanity (p. 13-105), war crimes (p. 105), forced labor (p. 106), the responsibility of non-

state and corporate actors liable for the observation of human rights and the possibility of bringing them before a court (p. 107-112).

The core and perhaps most interesting parts is represented by the work of Alberto Costi, who offers a comprehensive overview of the functioning of hybrid tribunals, the type of international justice institutions that includes national judges, domestic legal systems as well as international rules and experts in one single body (p. 142). His article starts with questioning whether it is necessary to bring the alleged international criminals to justice. Costi particularly refers to the Nuremberg Trial as the act that ensured international legitimacy to prosecute the criminals responsible for the killings, violations of humanitarian international law and other atrocities as well as implicitly emphasizing the applicability of universal jurisdiction over such crimes (p. 133). Furthermore, Costi assessed the advantages and disadvantages of hybrid tribunals. On Kosovo and East Timor, he gives particular importance to such prosecution in cases when the local judiciary is incapable (because of the damages and destructions caused by the conflict, insufficient experience of local experts or poor social conditions) of undertaking comprehensive investigation and prosecution processes and where international assistance would be required (p. 143-145). The problems of hybrid tribunal functioning can appear while pursuing the goal of balancing between the interests of the international community and the country in which they operate, which in turn can influence their efficiency (p. 153).

On the more critical side, after reading the book one could come to the conclusion that the real focus of the work was lacking a concentration, themes being very distinct. Fields are as diverse

as the American domestic human rights law, legal aspects of US opposition to the International Criminal Court (ICC), legal aspects of potential and possible abuses of American special and security agencies in the fight against international terrorism, contemporary legal international justice institutions and mechanisms and many other dimensions. Therefore, a continuous focus on the dimension of the trial’s consequences is hard to find. Some articles show linkages with and references to the Nuremberg Trial, but in others, they are weakly emphasized. Moreover, the compilation seems overloaded with the legal material that according to the title of the book was perhaps not expected.

Another important critical point refers to the book strongly concentrating on the legal implications and impacts of the Nuremberg legacy and current international justice system (presented foremost by ICC activities) on the domestic developments in the US legal system, (particularly human rights law) and American national interests. Thus, the work clearly bears a US-centred character. But it could be interesting to learn how or whether the outcomes of the Nuremberg Trial influenced the development of European legal thought. However, the book did not provide sufficient material on this aspect.

The great number of facts and analysis of the legal character still makes the book interesting. This may be especially so for students of international law or international relations, particularly for those who specialize in the fields of human rights law, international criminal law as well as legal and political aspects of American opposition to ICC and adoption of Rome Statute.

Sergey Pak